Stand: 18.09.2025 00:36:30

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/27597

"Haushaltsplan 2023; hier: Nürnberger Modell Drogenhilfe (Kap. 14 05 Tit. 684 60)"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/27597 vom 14.02.2023
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/27962 des HA vom 08.03.2023
3. Plenarprotokoll Nr. 140 vom 28.03.2023 (EPL 14)

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 14.02.2023 **Drucksache** 18/**27597**

Änderungsantrag

der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Alexander König, Tanja Schorer-Dremel, Josef Zellmeier, Bernhard Seidenath, Harald Kühn, Martin Bachhuber, Barbara Becker, Alfons Brandl, Hans Herold, Johannes Hintersberger, Michael Hofmann, Dr. Gerhard Hopp, Andreas Lorenz, Dr. Beate Merk, Martin Mittag, Helmut Radlmeier, Carolina Trautner, Steffen Vogel, Ernst Weidenbusch, Georg Winter CSU**,

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Kerstin Radler, Robert Riedl, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Haushaltsplan 2023;
hier: Nürnberger Modell Drogenhilfe
(Kap. 14 05 Tit. 684 60)

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplan 2023 wird folgende Änderung vorgenommen:

In Kap. 14 05 wird der Ansatz im Tit. 684 60 (Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen zur Suchtbekämpfung und Drogentherapie) von 7.265,7 Tsd. Euro um 100,0 Tsd. Euro auf 7.365,7 Tsd. Euro erhöht.

Die Deckung erfolgt aus Kap. 13 02 Tit. 893 06.

Begründung:

Jeder Drogenabhängige ist einer zu viel. Erst recht gilt dies für Menschen, die an ihrem Drogenkonsum versterben. Mit großem Aufwand und gemeinsamer Anstrengung versucht das Nürnberger Modell (NM), diesem nachdrücklich entgegenzuwirken.

Bei diesem Modell handelt es sich um ein gemeinsames Projekt des Klinikums Nürnberg, der Paracelsus Medical University Nürnberg (PMU), der Technischen Hochschule Nürnberg, der Evangelischen Hochschule Nürnberg und der Nürnberger Drogenhilfe-Organisationen mudra e.V. und Lilith e.V. in Abstimmung mit kommunalen Gremien und der Stadt Nürnberg.

Das NM ergänzt sich synergistisch mit bestehenden Angeboten der Drogenhilfe und innovativen Konzepten, wie z.B. „SUB_PORT – niederschwellige Substitution“.

Primäre Ziele des NM sind:

– Prävention von Suchterkrankungen
– Reduktion von Drogentodesfällen
– Reduktion von „Drogennotfällen“ und Entlastung der lokalen Gesundheits- und Versorgungssysteme
– Entlastung des öffentlichen Raums

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Primäre Aufgaben des Projektes sind zum einen die Generierung einer Datengrundlage für die Weiterentwicklung und innovative Ergänzung der bestehenden Drogen- bzw. Suchthilfe-Angebote und zum anderen der Ausbau etablierter Konzepte in diesem Bereich. Das Ziel ist die Entwicklung und Implementierung kommunal bedarfsorientierter, nachhaltiger, effizienter und damit ressourcenschonender Drogen-/Suchthilfesysteme für die Stadt Nürnberg.

Beschlussempfehlung mit Bericht 18/27962 des HA vom 08.03.2023

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments hier

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Alexander Hold
Abg. Harald Kühn
Abg. Andreas Krahl
Abg. Susann Enders
Abg. Andreas Winhart
Abg. Gudrun Brendel-Fischer
Abg. Ruth Waldmann
Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher
Abg. Dr. Dominik Spitzer
Abg. Raimund Swoboda
Abg. Bernhard Seidenath
Abg. Christina Haubrich
Abg. Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer
Staatsminister Klaus Holetschek
Abg. Toni Schuberl

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 5** auf:

Haushaltsplan 2023

Einzelplan 14

für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege

hierzu:

Interfraktionelle Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 18/27584 mit 18/27599)
Interfraktionelle Änderungsanträge der Fraktion FREIE WÄHLER und von Abgeordneten der CSU-Fraktion (Drsn. 18/27600 mit 18/27605 und 18/27983)
Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 18/27561 mit 18/27573)
Änderungsanträge der AfD-Fraktion (Drsn. 18/27606 mit 18/27624)
Änderungsanträge der SPD-Fraktion (Drsn. 18/27574 mit 18/27583)
Änderungsanträge der FDP-Fraktion (Drsn. 18/27552 mit 18/27560)

Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Festlegung im Ältestenrat auch hier 45 Minuten. Die Redezeiten sind Ihnen mittlerweile bekannt.

Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich darauf hin, dass die AfD-Fraktion zu ihren beiden Änderungsanträgen auf den Drucksachen 18/27617 und 18/27618 namentliche Abstimmung beantragt hat.

Ich eröffne die Aussprache. Erster Redner ist der Kollege Harald Kühn für die CSU-Fraktion. Sie haben das Wort.

Harald Kühn (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Staatsminister, Kolleginnen und Kollegen! Leider ist der menschenverachtende Krieg in der Ukraine noch nicht zu Ende. Der Freistaat Bayern hilft vielen Kriegsflüchtlingen. Hierzu zählt auch eine sachgerechte medizinische Versorgung.

Bezüglich der Corona-Krise verweise ich auf meine Worte in der Plenarrede vom 06.04.2022. Eine offene Aufarbeitung dieser Zeit, auch der Maßnahmen, erscheint vor dem Hintergrund möglicher neuer Ausnahmesituationen sinnvoll und notwendig, vor allem auf Bundesebene. Ausdrücklich danke ich Herrn Staatsminister Holetschek in diesem Zusammenhang für seine Aussage in der Plenarsitzung vom 22.03.2023 – Zitat –:

> Wir haben aus Verantwortung gehandelt, und wir müssen diese Pandemie aufarbeiten. […] Wir werden alles überprüfen und betrachten.

Gerade in den vergangenen Jahren konnte konstatiert werden, dass wir grundsätzlich eine sehr leistungsfähige gesundheitliche Versorgung haben, die eine große, gesamtgesellschaftliche Aufgabe darstellt. Durch die demografische Entwicklung, den wirtschaftlichen, technischen und medizinischen Fortschritt sowie das zunehmende Gesundheitsbewusstsein der Menschen steigen die Lebenserwartung, der Finanzbedarf und die Relevanz der Gesundheitswirtschaft.

Die bayerische Gesundheitswirtschaft hat neben den Versorgungsaufgaben auch eine sehr große strukturpolitische Bedeutung und trägt zur Schaffung bzw. Sicherung qualifizierter Arbeitsplätze vor allem im ländlichen Raum bei – mit 60 Milliarden Euro Bruttowertschöpfung und 1,2 Millionen Beschäftigten.

Leistungsfähige Krankenhäuser sind hierbei ein wesentlicher Teil. Insofern ist es erfreulich, dass für dieses Jahr im Etat zusammen mit den Kommunen wieder 643 Millionen Euro vorgesehen sind. Der Landesanteil für den Krankenhauszukunftsfonds umfasst 180 Millionen Euro, beim Härtefallfonds sind es für die Krankenhäuser 100 Millionen und je 30 Millionen für Reha- und Pflegeeinrichtungen.

Zeitgemäße Standards in den Kliniken erfordern kontinuierliche Investitionen. Deshalb gibt es ein Jahreskrankenhausbauprogramm, deshalb gibt es auch ein neues Programm für kleinere Krankenhäuser. Auch das Thema Klimaneutralität ist für die bayerischen Krankenhäuser von großer Bedeutung. Mit der Initiative "Green Hospital^{PLUS}"

der Staatsregierung soll den Kliniken Hilfestellung geboten werden, ihren Energieverbrauch spürbar zu senken und so einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich auch deutlich betonen, dass die geplante Krankenhausreform der Bundesregierung keine nachteiligen Effekte auf die Versorgungssituation der Menschen in Bayern haben darf. Eine enge Abstimmung mit dem Freistaat Bayern erwarten wir.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Der Entwurf des Einzelplans 14 umfasst 876,3 Millionen Euro. Im Personalbereich haben wir 1.865 Stellen, davon 475 im Ministerium, die sich auf die Städte München und Nürnberg mit jeweils drei Standorten verteilen. Die übrigen Stellen sind bei den nachgeordneten Behörden angesiedelt. Insgesamt haben wir 109 Stellen mehr als im Vorjahr; 60 davon sind im Bereich der Pflege.

Zum Sachhaushalt: In diesem Jahr werden wieder eine Vielzahl von Maßnahmen in den Themenbereichen Prävention und Gesundheitsschutz, wie zum Beispiel der Präventionsschwerpunkt "Gesundheitliche Folgen der Einsamkeit", mit insgesamt 60 Millionen Euro unterstützt.

Bayern möchte auch anhand verschiedener Programme vor allem zur Verbesserung der gesundheitlichen Situation im ländlichen Raum beitragen. Das Programm für die Kurorte und Heilbäder, das Stipendienprogramm für Medizinstudenten und die Landarztprämie seien hier ebenso erwähnt wie das neu aufgelegte Förderprogramm für kommunales Engagement im Sinne einer wohnortnahen vertragsärztlichen Versorgung.

Seit 2015 haben wir die Gesundheitsregionen^{plus}. Das Konzept wird sehr gut angenommen; 62 Regionen sind bereits in der Förderung. Es ist vorgesehen, dass die Geschäftsstellenleiter, deren Förderung ausläuft, künftig in die Planstellen des öffentlichen Gesundheitsdienstes übernommen werden. Das bedeutet einerseits eine

Verstetigung und zum anderen eine Entlastung der betroffenen Landkreise. Insgesamt sind zur Verbesserung der Versorgung und Infrastruktur im ländlichen Raum 18,4 Millionen Euro vorgesehen.

Die wichtige Arbeit unserer Hebammen sowie in der Geburtshilfe wird weiter mit 31 Millionen Euro gefördert.

Zum Thema Pflege ist zu berichten, dass in dieser Periode bisher 4.000 Pflegeplätze geschaffen worden sind; für die nächste Periode sind weitere 8.000 Plätze vorgesehen. Das Programm "PflegesoNah" ist mit 54 Millionen Euro und 80 Millionen Euro Verpflichtungsermächtigungen sehr wichtig.

Leider ist auch in Bayern der Fachkräftemangel groß. Deshalb wird unter anderem die Kampagne, Jugendliche für den Pflegeberuf zu begeistern, in diesem Jahr fortgesetzt. Rund 100 Millionen Euro stehen für die Umsetzung des Pflegeberufegesetzes zur Verfügung. Neu aufgelegt wird ein Stipendienprogramm für Pflegestudenten. Zur Förderung von Integrationsmaßnahmen für ausländische Pflegekräfte haben wir 3 Millionen Euro eingeplant.

Für das von der Staatsregierung als sinnvoll erachtete Landespflegegeld sind im Haushalt 2023 für diese Periode noch einmal 430 Millionen Euro vorgesehen.

Hervorheben möchte ich in diesem Zusammenhang die Erprobung von sogenannten Springer-Konzepten in der Pflege; 30 Modellprojekte sind vorgesehen. Hierdurch sollen eine Entlastung der Arbeitskräfte und die individuelle, bedarfsorientierte Abdeckung von Personalausfällen ermöglicht werden. 4,5 Millionen Euro Ausgabemittel plus 3 Millionen Euro Verpflichtungsermächtigungen sind dafür vorgesehen.

Für das Programm zum Neu- und Ausbau von Pflegeheimen haben wir wieder 44 Millionen Euro – plus 70 Millionen Euro Verpflichtungsermächtigungen – eingestellt.

Insgesamt sind für diesen Themenkomplex 134 Millionen Euro, also ein erheblicher Betrag, vorgesehen; das sind 34 Millionen Euro mehr als im vergangenen Jahr.

Eine Fortsetzung bzw. ein weiterer Ausbau ist vorgesehen für die Familienpflege sowie für die Maßnahmen und Einrichtungen für pflegebedürftige Menschen und für Menschen mit Behinderung. Die Zahl der Pflegestützpunkte – viel diskutiert – erhöht sich von 32 auf 49. Ich verweise auch auf die Bayerische Demenzstrategie.

Hohes Haus, der Mensch steht im Mittelpunkt unserer Politik. Pflege und Begleitung von Schwerstkranken und Sterbenden sind deshalb ein Gebot der Menschlichkeit. Mit 2,1 Millionen Euro können die palliativmedizinische und die geriatrische Versorgung im stationären und im ambulanten Bereich verbessert sowie der weitere Ausbau der ambulanten Hospizarbeit und der stationären Hospize unterstützt werden.

Kolleginnen und Kollegen, gerade in schwierigen Zeiten zeigt sich der breiten Öffentlichkeit die außerordentlich große Bedeutung der Arbeit des gesamten Personals im Bereich Medizin und Pflege einschließlich privater Gesundheits- und Pflegeanbieter sowie der sozialen Wohlfahrtsverbände. All diesen für das Funktionieren unseres Gemeinwesens so wichtigen Menschen sei bei dieser Gelegenheit vielmals gedankt.

Mein Dank gilt zudem allen verantwortlichen Vertretern der Bayerischen Staatsregierung, insbesondere Herrn Staatsminister Holetschek – für ihre hervorragende Arbeit, dem Patienten- und Pflegebeauftragten Herrn Prof. Dr. Peter Bauer sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Staatsverwaltung. Ich danke auch ausdrücklich für die konstruktiv-kritische Zusammenarbeit mit der Opposition. Ausdrücklich danke ich auch dem Vorsitzenden des Fachausschusses Bernhard Seidenath und dem Vorsitzenden des Haushaltsausschusses Josef Zellmeier.

Ich bitte das Hohe Haus um Zustimmung zu Einzelplan 14.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Kollege. – Nächster Redner ist für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Kollege Andreas Krahl. Sie haben das Wort.

Andreas Krahl (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! In wenigen Monaten wählen die Menschen in Bayern ihren neuen Landtag. Ja, es ist schon wieder Wahlkampf. Deswegen vergeht kaum ein Tag ohne neue Möchtegern-Erfolgsmeldungen aus dem Staatsministerium für Gesundheit und Pflege. "Klinikpersonal durch Bürokratie-Abbau entlasten" – Modellprojekt. "Resilienzprogramm für Beschäftigte in der Langzeitpflege" – Modellprojekt. "Klinische Versorgung von Patienten mit Demenz verbessern" – Modellprojekt. Fototermine von Hospizeröffnungen – natürlich mit dem Ministerpräsidenten! Wobei festzuhalten bleibt: Wenn dem Ministerpräsidenten an dem Ressort für Gesundheit und Pflege ernsthaft etwas läge, dann würde er der Debatte – es ist immerhin die Königsdisziplin – hier beiwohnen.

Verstehen Sie mich nicht falsch, liebe Kolleginnen und Kollegen: Ich unterstelle weder dem Staatsminister unlautere Motive noch rede ich gute Ansätze schlecht. Es ist richtig, dass in diesem Ressort Geld in die Hand genommen wird.

Aber – jetzt kommt das Aber, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen –: Seit fünf Jahren verschlingt Söders Gießkannenwahlgeschenk, das Bayerische Landespflegegeld, jährlich mehr als 400 Millionen Euro und damit rund ein Drittel des gesamten Gesundheitsetats. Für ein paar nette Wahlplakate, die wir jetzt sicherlich wieder sehen werden, leistet sich Bayern Jahr für Jahr diese enorme Summe – ohne jeden Nutzen für die Pflegeinfrastruktur!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Gehen wir ins Beispiel: 2018 – 17,8 Millionen Euro für Pflegekräfte in der Langzeitpflege gegen 400 Millionen Euro ohne Sinn und Verstand für das Landespflegegeld. 2019 – 1,3 Millionen Euro für die "Koordinierungsstelle Bayern Demenz im Krankenhaus" gegen 400 Millionen Euro Landespflegegeld. 2020 – 10.000 bis 15.000 Euro Förderung für jeden Palliativplatz gegen 400 Millionen Euro Landespflegegeld. 2022 – beinahe flächendeckende Engpässe bei der Versorgung von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen bei der pflegerischen Versorgung gegen 400 Millionen Euro Lan-

despflegegeld. Oder schauen wir direkt in dieses Jahr – mein ganz persönlicher Favorit –: Ein Runder Tisch mit Frau Nahles zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Pflege gegen 430 Millionen Euro Landespflegegeld.

Zugegeben, meine Damen und Herren, das war plakativ und bewusst provokant. Doch der Punkt ist ganz eindeutig: Sie, liebe CSU-Fraktion, verschenken ganz bewusst diese Mittel bedarfsunabhängig. Für die einen sind die 1.000 Euro, die sie jährlich kriegen, nicht mehr als ein Taschengeld und für die anderen weniger als ein Tropfen auf den heißen Stein.

Stellen Sie sich doch einmal diese 400 Millionen Euro als Investition in nachhaltige und beständige Strukturen vor: Pflegestrukturreform, zukunftsorientierter Ausbau der Pflegeinfrastruktur, Pflegebedarfsplanung, innovative Konzepte wie Advanced Practice Nursing, mobile Teams, Demenz-WGs, Steigerung der Akademisierungsquote durch Stipendien gleich von Anfang an, Gesundheitsförderung und Prävention auch für Pflegende statt warmer Worte, stringente Digitalisierung im Pflegebereich statt Flickenteppich.

Hand aufs Herz, lieber Klaus Holetschek, was würdest du denn mit den 400 Millionen Euro tun, wenn dein Ministerpräsident das Landespflegegeld nicht so vollmundig versprochen hätte?

Was sich Bayern außerdem leistet – damit versuche ich zum Ende zu kommen –, und das fast schon zum Schnäppchenpreis, wenn man ehrlich ist: für nur knapp 3 Millionen Euro jährlich die Vereinigung der Pflegenden in Bayern. Das Hauptargument für diese Vereinigung war damals übrigens Freiwilligkeit der Mitgliedschaft und der Registrierung. Und heute? – Von 167.000 in der Pflege Tätigen sind gerade einmal 3.200 Mitglied dieser Vereinigung. Meine Damen und Herren, das sind 2 %!

Jetzt kommt von der Staatsregierung endlich die Pflichtregistrierung. Ich möchte es an dieser Stelle deutlich betonen: Ich bin gespannt, wie Ihre Kommunikation dazu ausschauen wird.

Sie wissen, der ehrliche Weg wäre es gewesen, eine echte Pflegekammer für Bayern einzurichten. Dieser Einzelplan ist den gewaltigen Herausforderungen im Bereich Gesundheit und Pflege definitiv nicht gewachsen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Nächste Rednerin ist für die Fraktion der FREIEN WÄHLER Kollegin Susann Enders. Frau Abgeordnete, Sie haben das Wort.

Susann Enders (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Gesundheit und Pflege sind die Themen unserer Zeit. Dass wir in Bayern, als Bayernkoalition, paradoxerweise für eine bundesweit gute Pflege- und Krankenhauspolitik kämpfen müssen, ist nicht zuletzt den irrsinnigen Plänen und Verfehlungen des SPD-Gesundheitsministers Lauterbach geschuldet. Ein Mann, der Fakten als variabel ansieht, der sich um Kopf und Kragen redet, der in der Bevölkerung jegliches Vertrauen verspielt hat, er ist der Totengräber unserer bayerischen Krankenhäuser. Seine Politik vernichtet jegliches Vertrauen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Ruth Waldmann (SPD): Das ist doch unerhört!)

– Das sind Tatsachen.In Bayern investieren wir massiv in den Bereich Gesundheit und Pflege. Das Gesamtvolumen für das Haushaltsjahr 2023 beträgt rund 868,4 Millionen Euro. Wir haben uns beraten und unsere Schwerpunkte auf Leistungen im Bereich der Gesundheitsversorgung, in den Bereichen Pflege und Hospiz sowie Prävention und Gesundheitsschutz gelegt, aber auch mit 643 Millionen Euro Investitionskosten sowie 20 Millionen Euro jährlich für fünf Jahre, also 100 Millionen Euro, auf Betriebskostenstrukturförderung für die Krankenhäuser im ländlichen Raum.

Blicken wir ein wenig detaillierter in die Posten, sehen wir Investitionen, die sich in diesem Jahr beispielsweise auf die Umsetzung von Maßnahmen zur Verbesserung der

Gesundheitsversorgung, insbesondere für die Unterstützung von Kur- und Heilbädern, die Landarztprämie und die Fortführung bestehender sowie die Förderung neuer Gesundheitsregionen^{plus} konzentrieren. Rund 18,4 Millionen Euro haben wir hier veranschlagt.

Für den Defizitausgleich für Abteilungen der Gynäkologie und Geburtshilfe an Krankenhäusern wird ein Finanzvolumen in Höhe von 28 Millionen Euro bereitgestellt.

Unsere Gesundheitsämter sollen stark bleiben und stärker werden. Eine personelle Stärkung bedeutet 79 Millionen Euro vom Bund; davon entfällt auf die kommunalen Gesundheitsämter München, Nürnberg, Augsburg, Ingolstadt und Memmingen ein Betrag in Höhe von 14,1 Millionen Euro.

Wir wollen unseren Gesundheits- und Pflegebereich noch weiter antreiben und verbessern. Daher haben wir mit unseren Änderungsanträgen weiter an wichtigen Stellschrauben gedreht, zum Beispiel bei der Digitalisierung und durch die Anhebung der Mittel im Gesundheits- und Pflegebereich. Das Projekt Health 4.0 befasst sich mit technischen Hilfsmitteln bestehend aus einer passiven Sensormatte, einem digitalen Hub mit offener und auf Künstlicher Intelligenz basierter Softwarearchitektur sowie einem intuitiven Userinterface auf mobilen und stationären Endgeräten – das Lyng-System bzw. die Lyng-Lösung. Es geht darum, Informationen zum individuellen Gesundheitszustand des Patienten aufzunehmen, unmittelbar digital zu verarbeiten und in Echtzeit einfach und verständlich auch für die Ärzteschaft und Pflege darzustellen. Hierzu soll eine Machbarkeitsstudie zur Verbesserung der Patientenversorgung im Rahmen der Gesundheitsversorgung durchgeführt werden.

Mit einem weiteren Antrag wollen wir die Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen, insbesondere die Förderung von Hospizvereinen erhöhen. Die Zuweisung an Gemeinden und Gemeindeverbände wollen wir in diesem Jahr anpassen; denn aufgrund ungünstiger Entwicklung von infrastrukturellen soziodemografischen Faktoren kann es insbesondere beim Zusammentreffen einer alternden Be-

völkerung mit erhöhtem medizinischen Versorgungsbedarf bei gleichzeitig älter werdender Ärzteschaft sowie ungünstiger Erreichbarkeit und Mobilitätslage in Einzelfällen zu einem eingeschränkten Zugang zur medizinischen Versorgung kommen. Um solche Lücken zu schließen, unterstützt der Freistaat Gemeinden im ländlichen Raum. Zudem wollen wir die Sicherung der Ärzteversorgung in der Zukunft ebenso wie die Stärkung vorhandener Gesundheitsfaktoren vor Ort garantieren.

Der Antrag zum Thema "Health-Tech-Lab" nimmt den Gesundheitscampus Bad Kötzting in den Fokus. Es geht um das Thema Gesundheitstechnologien.

Unsere Bayernkoalition setzt starke Impulse über die Posten im Bereich Gesundheit und Pflege hinaus. Wir haben es geschafft, die wirtschaftlichen Folgen von Ukraine-Krieg und Corona-Pandemie bestmöglich abzufedern. Daher bitte ich um Zustimmung zu unserem Plan und unsere Anträge. Die Änderungsanträge der Opposition lehnen wir ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Frau Kollegin. – Nächster Redner ist für die Fraktion der AfD der Abgeordnete Andreas Winhart. Sie haben das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Andreas Winhart (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Ja, wir beraten heute den Einzelplan für den Bereich Gesundheit und Pflege. Bei der Pflege brennt es bekanntlich landauf, landab. Wir haben diverse Imagekampagnen erleben müssen, die nicht funktionieren. Wir leisten uns immer noch eine Vereinigung der Pflegenden, die diesen Namen nicht verdient, sondern eher eine Interessenorganisation der Staatsregierung ist und versucht, das, was man in dem Bereich Pflege verbockt, noch irgendwie schönzureden.

Wir spüren die Auswirkungen von Generalisierung und Akademisierung in der Pflege. Die Pflegenden, egal ob in der Altenpflege oder in der Krankenhauspflege, sind demoralisiert, sind eben nicht mehr bereit, ihren Job zu machen; viele entscheiden sich für einen anderen Beruf, entweder aus dem Beruf heraus oder bereits bei der Berufswahl. Es brennt hinten und vorne.

Jetzt sind wir bei den ambulanten Pflegediensten, die sehr unter den Auswirkungen der Energiekrise und vor allem der hohen Spritpreise leiden, meine Damen und Herren, und sich überlegen, ob sie den einen oder anderen Patienten überhaupt noch bedienen können.

Zuletzt im Bereich Pflege der große Rohrkrepierer: das Landespflegegeld, das den Leuten wie eine Wurst vor die Nase gehalten wird, nach der sie aber nicht schnappen können. Wir haben im Ausschuss für Gesundheit und Pflege regelmäßig Petitionen, mit denen sich Menschen darüber beschweren, dass sie dieses Geld nur schwer bekommen können. Meine Damen und Herren, die Dunkelziffer dürfte deutlich höher sein. Hinzukommt: Die Heimkosten sind mittlerweile so gestiegen, das können sich Leute mit einem normalen Einkommen kaum mehr leisten, hier für ihre Angehörigen einzuspringen.

Es brennt also hinten und vorne, und es müsste einiges geändert werden, auch beispielsweise im Bereich der Krankenhäuser. Die kleinen Landkrankenhäuser sind nicht nur gefährdet durch die Reform, die Herr Lauterbach jetzt ins Feld führen möchte, die definitiv der Todesstoß für unsere Landkrankenhäuser ist. Nein, bereits jetzt sind gerade im südbayerischen Raum viele gefährdet, aber auch beispielsweise in der Oberpfalz und in den anderen bayerischen Regierungsbezirken. Ich möchte exemplarisch Haag in Oberbayern nennen. Freilassing muss schließen, die Notfallaufnahme in Berchtesgaden usw. Wir haben Ihnen das alles schon mitgeteilt. Sie haben es großzügig in Ihrer politischen Arroganz abgelehnt. Es wäre höchste Zeit, hier etwas für die Bevölkerung zu machen.

(Beifall bei der AfD)

Dann geht es weiter mit den Krankenhäusern. Die Geburtshilfe wurde schon angesprochen. Ich weiß nicht, Frau Enders, wie Sie überhaupt noch diese 28 Millionen Euro lobend erwähnen können, wo doch gerade in Ihrem Stimmkreis die letzte Geburtshilfestation schließt. Ich würde mich schämen, hier solche Äußerungen zu machen. Diese Regierung hat die Geburtshilfe sträflich vernachlässigt. Der Hebammenbonus, den wir am Anfang dieser Legislaturperiode verabschiedet haben, bringt überhaupt nichts. Nein, die Hebammen gehen aus dem Job. Jetzt versucht man auch noch, das Ganze mit Akademisierung irgendwie zu kitten. Auch das funktioniert nicht. Die größte Luftnummer kommt dabei von den GRÜNEN; die wollen jetzt tatsächlich auch noch einen Promotionsstudiengang für die akademisierten Hebammen. Nein, meine Damen und Herren, wir brauchen wieder Hebammen, die am Patienten arbeiten und nicht den anderen erklären, wie es eigentlich geht.

Dann haben wir das Thema Ärzte. Die Notärzte und Sanis klagen landauf, landab, dass sie darunter leiden, sehr weit fahren zu müssen, dass sie vor überlasteten Kliniken stehen. Diese Notärzte, diese Sanis tragen die Last, dass es in Bayern zu wenige Akutbetten gibt. Wir haben immer noch den Ärztemangel; den ist man auch in den letzten vier Jahren nicht wirklich angegangen. Wir haben das Landarztproblem. Um das auch noch zu erwähnen: Wir bilden immer noch die meisten Medizinstudenten aus. Wenn sie dann Ärzte sind, gehen sie weg aus Bayern. Dass wir so viel Geld in die medizinische Ausbildung stecken, lohnt sich für die bayerische Bevölkerung leider hinten und vorne nicht.

Dann kommen wir zum Bereich Pharma. Wir haben da das gleiche Problem. Wir geben viel Geld aus, um Start-ups zu fördern, trotzdem leidet die bayerische Bevölkerung an einem Mangel an Fiebermitteln oder Schilddrüsenmedikamenten. Überall herrscht Mangel. Man kommt sich ein bisschen vor wie in Kuba und nicht wie in Bayern, wie es sein sollte, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Das größte Problem, das wir derzeit haben, sind die Folgen der völlig vergeigten Corona-Politik der letzten Jahre. Meine Damen und Herren, Sie steckten viel Geld in Testzentren, die nachweislich nichts gebracht haben. An Masken haben Sie sich selber gut bereichert. Aber was Sie komplett vergessen haben, das sind die Menschen, die an Long COVID leiden, die nicht mehr schmecken können, die bis heute nervliche Probleme haben, weil ihre Sinne nicht mehr funktionieren, sodass sie sich in ihrem Lebensalltag nicht mehr wie zuvor zurechtfinden. Da fließt kaum Geld rein. Wir wollen hier 10 Millionen Euro extra für die Forschung und Therapie von Long-COVID-Patienten. Dieses Geld ist gut angelegt, ist bestens angelegt. Darüber werden wir heute namentlich abstimmen, damit man weiß, wer hier für Bayerns Patienten etwas tun will und wer nicht.

Wir werden das Gleiche auch noch tun für die unheilvolle Impfung, die Sie allen mit Nachdruck empfohlen haben. Das Post-Vac-Syndrom kann eigentlich nicht mehr bestritten werden. Da muss man schon ein großer Verschwörungstheoretiker sein, um Post-Vac-Syndrome wegzudiskutieren.Auch hier müssen Gelder investiert werden, um dieses Problem endlich anzugehen. Auch hier wollen wir 10 Millionen Euro extra einstellen, meine Damen und Herren. Damit bin ich am Ende. – Ich bitte um Zustimmung.

(Beifall bei der AfD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön. Bitte bleiben Sie am Rednerpult. – Es liegt eine Meldung zur Zwischenbemerkung vor. Hierzu erteile ich der Kollegin Gudrun Brendel-Fischer von der CSU-Fraktion das Wort.

Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Herr Winhart, Sie haben auch auf den Pflegemangel hingewiesen. Ist Ihnen und Ihrer Fraktion eigentlich bewusst, wie viele Menschen, die auch über einen Asylstatus verfügen und als Geduldete hier im Land leben, in der Pflege tätig sind und dafür sorgen, dass wir diesen Mangel reduzieren können?

Andreas Winhart (AfD): Frau Kollegin, natürlich bin ich über die Zahlen informiert und stets darüber im Bilde, was sich am Pflegemarkt tut. Das gehört für ein Mitglied des Ausschusses für Gesundheit und Pflege dazu. Ich frage Sie aber: Sind Sie darüber informiert, wie viele Pflegerinnen und Pfleger ihren Job aufgegeben haben, weil ihnen Herr Holetschek mit einer Zwangsimpfung gedroht hat?

(Alexander König (CSU): Das ist unfair, weil sie nicht antworten kann! – Andreas Krahl (GRÜNE): Das stimmt nicht! Wir haben mehr als vorher!)

Wissen Sie, wie viele Pflegerinnen und Pfleger ihren Job aufgegeben haben, weil sie mit diesen Arbeitsbedingungen nicht mehr zurechtkommen, weil jetzt die Landkrankenhäuser schließen? Für einen Dienstbeginn um 06:00 Uhr müssen sie schon um 04:00 Uhr aufstehen, weil sie 40, 50 oder 60 Kilometer zur Arbeit fahren müssen. Darüber sollten Sie sich einmal Gedanken machen.

(Beifall bei der AfD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Nächste Rednerin ist die Abgeordnete Ruth Waldmann für die SPD-Fraktion. Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Ruth Waldmann (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Pandemie hat allen vor Augen geführt, was eigentlich schon vorher offensichtlich war: Die gesundheitliche und pflegerische Versorgung ist das Kernstück der öffentlichen Daseinsvorsorge und damit auch eine der wichtigsten Aufgaben der Politik. Deswegen muss auch der Haushalt für Gesundheit und Pflege eine ganz zentrale Rolle in der bayerischen Politik spielen.

(Beifall bei der SPD)

Die bestmögliche medizinische Versorgung muss gewährleistet sein, dauerhaft gesichert werden und – das ist ganz wichtig – allen Menschen zugänglich sein; das sind auch Menschen mit wenig Geld oder wenig formaler Bildung, Kinder und ältere Men-

schen sowie Menschen mit Behinderung. Sie alle müssen die gleichen Chancen haben und sich auf die gesundheitliche Infrastruktur jederzeit verlassen können.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen betone ich immer wieder: Geld, das in diesen Haushalt fließt, ist gut angelegtes Geld. Das können Sie ruhig wörtlich nehmen; denn dieses Geld wird angelegt, also in eine gesundheitliche Versorgung investiert, die eine unverzichtbare Grundlage für uns alle ist. Dieses Geld wird eben nicht einfach verbraucht und ist dann weg, sondern wir schaffen damit die Grundlage für eine gemeinsame gesunde Zukunft. Dieses Verständnis ist für uns als SPD sehr wichtig. Darum stellen wir unsere Haushaltsanträge und Vorschläge unter das Motto "Investitionen in die gesundheitliche und soziale Infrastruktur".

Wir als SPD wollen sowohl in die professionelle Pflege in Einrichtungen als auch in die Pflege daheim investieren. Eines der größten Probleme beim Pflegenotstand ist bekanntlich der Personalmangel. Wir müssen alles tun, um mehr Menschen für diesen schönen Beruf zu gewinnen; natürlich geht es auch darum, dass sie dann auch dauerhaft dort bleiben und durchhalten können. Dazu gehören an erster Stelle bessere Arbeitsbedingungen und bessere Bezahlung, um die ganz aktuell in der Tarifauseinandersetzung gerungen wird.

Wir müssen dabei schauen, welche Stellschrauben wir in Bayern haben, um für Verbesserungen zu sorgen. Wir als SPD wollen die Pflegekräfte und Beschäftigten im Gesundheitswesen mit Investitionsförderungen unterstützen, zum Beispiel eben auch für bezahlbaren Wohnraum. Die Träger der Einrichtungen sollen dabei unterstützt werden, dauerhaft günstige Personalwohnungen schaffen zu können. Das wäre doch ein echter Beitrag, um diesen Beruf deutlich attraktiver zu machen.

(Beifall bei der SPD)

Natürlich geht es auch darum, von der Ausbildung an sorgsam mit den angehenden Pflegekräften umzugehen. Wir wollen die Praxisanleitung auf solide finanzielle Beine stellen. Das musste bisher die ausbildende Pflegeeinrichtung leisten. Das ist dann bei der akademischen Pflegeausbildung anders. Fachleute schätzen, dass bei einer seriösen Praxisanleitung etwa 7.000 Euro pro Jahr für Studierende fällig werden. Wenn das nicht auskömmlich finanziert wird, bleibt dieser wichtige Teil auf der Strecke.

Viele gut ausgebildete Pflegekräfte haben dem Beruf auch ganz den Rücken gekehrt oder arbeiten in Teilzeit. Wir müssen sie mit fairen Gehältern, mit planbaren Arbeitszeiten und mit guten Arbeitsbedingungen zurückgewinnen. Wir als SPD schlagen zudem einen Rückkehrbonus von 1.000 Euro vor. Wenn man davon ausgeht, dass man damit bis zu 42.000 Personen in Bayern ansprechen kann, dann sind das 42 Millionen Euro, und wir sagen: Das wäre eine gute Investition.

Genauso wichtig ist die Pflege daheim. Schließlich werden drei Viertel der Pflegebedürftigen zu Hause gepflegt. Die meisten Menschen wollen so lange wie möglich zu Hause leben können. Ein Großteil wird ausschließlich von Angehörigen gepflegt. Sie sind der größte Pflegedienst unseres Landes, und ohne sie geht es nicht. Deswegen müssen wir auch alles für ihre Unterstützung tun. Dazu gehört zum Beispiel der weitere Ausbau der Pflegestützpunkte, über den wir jetzt schon so viele Jahre reden. Seit vielen Jahren sind uns schon 60 Pflegestützpunkte im Land zugesagt worden, die noch lange nicht erreicht sind. Es geht voran, aber zu langsam.

Wir als SPD sind der Meinung, dass wir sogar in allen Landkreisen und kreisfreien Städten solche Pflegestützpunkte brauchen, die die bereits bestehenden Angebote auch unter ein Dach bringen können, um Kooperationen und Synergien zu erreichen.

(Beifall bei der SPD)

Ganz wichtig ist auch das Pflegeprogramm "PflegesoNah", ein eigentlich gutes Programm, das wir sehr gerne unterstützen. Pflege im sozialen Nahraum verzahnt moderne sowie auch ambulante und stationäre Angebote; dort wird der soziale Nahraum

einbezogen. Das hat große Hoffnungen geweckt. Das ist ein gutes Programm, aber es ist finanziell nicht genügend ausgestattet. Hier im Haushalt ist die Gelegenheit, darüber zu reden, dass Sie die Hoffnungen, die Sie geweckt haben, auch erfüllen. Sie wissen ja selbst, wie wichtig das ist. Also statten Sie das bitte auch umfänglich aus und folgen Sie unseren Anträgen!

(Beifall bei der SPD)

Leider können viele solcher wichtigen Anträge, die aus den verschiedenen Regionen kommen, immer noch nicht bedient werden, weil das Geld nicht reicht. Apropos große Hoffnungen: Wir haben von der Pflegeplatzgarantie gehört und warten noch immer. Auch dort wurden große Hoffnungen geweckt; davon ist überhaupt keine Rede mehr. Das eigentliche Problem dabei ist, dass noch nicht einmal ein Plan existiert, bis wann und wie sie dann eigentlich umgesetzt werden soll. Wenn man das bis jetzt nicht schafft, in Ordnung; aber wenn wir dann wenigstens wüssten, in welchen Schritten, bis wann und mit welchen überprüfbaren Teilschritten es vorangeht, dann würde man die Leute wirklich aus ihrer Verzweiflung holen.

Wir müssen auch weiterhin die Kommunen entlasten, wir müssen in gesunde Krankenhäuser investieren; das hat mein Kollege heute Mittag schon gesagt. Es bleibt dabei: Krankenhausplanung ist und bleibt Ländersache.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Waldmann. – Nächster Redner ist der Kollege Dr. Dominik Spitzer für die FDP-Fraktion.

Dr. Dominik Spitzer (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen, sehr geehrte Kollegen! Die medizinische Versorgung muss vom Patienten her gedacht werden; diese Auffassung eint uns. Deshalb möchte ich Ihnen exemplarisch einmal einen meiner Patienten vorstellen, dessen Sorgen und Probleme darstellen. Nennen wir ihn Herrn Bayer aus Bayern, 88 Jahre alt.

Dieser Patient wurde noch am Freitag von mir ins Krankenhaus geschickt mit einer Infektion des Vorfußes; er war kardial dekompensiert – das heißt, er hatte etwas Wasser auf der Lunge – und hatte weitere chronische Erkrankungen. Am gleichen Tag wurde er vom Krankenhaus wieder nach Hause geschickt. Es fehle die Zuständigkeit; der Patient sei nicht so stark krank, dass er aufgenommen werden müsste.

Beim Patienten besteht aber auch ein Versorgungsproblem; das wurde von mir groß auf die Krankenhauseinweisung geschrieben. Ich habe das mit drei Ausrufezeichen versehen, weil ich einfach garantiert haben wollte, dass er gut versorgt wird.

Jetzt kam er nach Hause. Für ihn war kein ambulanter Pflegedienst zu organisieren. Die Pflegeplatzgarantie zieht nicht; das heißt: Wir haben auch nicht die Möglichkeit, ihn in eine Pflegeeinrichtung zu bringen. Also versorgt ihn seine Ehefrau, selbst 85 Jahre alt und chronisch erkrankt, zu Hause. Auch hier besteht das Problem, einen Kurzzeitpflegeplatz für ihn zu bekommen, damit die Frau vielleicht einmal Urlaub machen und sich erholen kann.Auch hier schaut es schlecht aus.

Die Initiativen, die gestartet werden, das heißt, ein Kurantrag, bedeuten einen hohen bürokratischen Aufwand, der in der Praxis einiges an Zeit bindet. Trotzdem wird das natürlich gemacht. Aber wir erfahren dann immer wieder Ablehnungen dieser Anträge. Auch die Hilfsmittelversorgung ist nicht perfekt. Regelmäßig werden Hilfsmittel abgelehnt, auch von den Krankenkassen, in diesem Fall ein elektronisch betriebener Rollstuhl. Die Krankenkasse argumentiert: Da gibt es die Ehefrau, die kann diesen Rollstuhl schieben. Deshalb braucht es den elektronischen Antrieb nicht, weil er einfach teuer ist. – Natürlich muss gespart werden im System, aber nicht an dieser Stelle. Wenn die Krankenkasse sich hier genauer informiert hätte, würde sie wissen, dass die Ehefrau dies nicht leisten kann.

Ein Grad der Behinderung kann in dem einen oder anderen Fall hilfreich sein. Viele Patienten und Bürgerinnen und Bürger kennen dieses Instrument gar nicht. Im Pflegedschungel kommen viele gar nicht zurecht. Deshalb sind gerade diese Institutionen

wie Pflegestützpunkte und Fachstellen unheimlich wichtig, um Informationen zu bekommen.

Ich als Hausarzt habe für den Patienten immer weniger Zeit, weil es immer mehr Patienten werden, die auf die einzelnen Praxen zukommen. Da hilft es wenig, wenn wir in zwölf Jahren eine Landarztquote zum Laufen bekommen. Der Patient benötigt auch Medikamente. Er hat, wie von mir eingangs gesagt, eine Infektion im Fuß. Aber leider ist auch dieses Medikament, das Antibiotikum, das standardmäßig gegeben wird, momentan nicht lieferbar. Für diesen Patienten sind Facharzttermine nötig, weil er in der Klinik nicht versorgt werden kann. Das heißt, er braucht einen Kardiologen, einen Dermatologen – ich will das jetzt gar nicht weiter fortführen. Auch hier haben wir das Problem: A machen die keine Hausbesuche, und B reden wir von einem Zeitfenster für Terminvergaben von drei Monaten. Auch das Landespflegegeld hilft in diesem Zusammenhang nicht. Es ist zwar nice to have, aber für diesen konkreten Fall nicht ausreichend. Der Bedarf wird dadurch bei Weitem nicht gedeckt.

Deshalb und solange Sie dieses Landespflegegeld mit 430 Millionen Euro, der Hälfte des Einzelplans 14, mit auf Ihrer Agenda stehen haben, können wir diesem Einzelplan definitiv nicht zustimmen.

Wir haben andere Anregungen für Sie. Die Demenzerkrankungen nehmen mehr und mehr zu. Deshalb hätten wir den Vorschlag, 30 Millionen in Demenzdörfer zu stecken: eines im Stadtbereich, eines auf dem Land, und es, wenn sich das bewährt, gerne auch auszuweiten. Der Medizinische Dienst und die FQA müssen besser vernetzt werden. Wir fordern eine Weiterbildung, eine Fortqualifikation. Dafür haben wir 100.000 Euro eingestellt. Wir haben viele weitere Anträge, auch im Bereich ME/CFS und Post-COVID. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Spitzer. – Nächster Redner ist der fraktionslose Abgeordnete Raimund Swoboda.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Hohes Haus, verehrte Bürger! Allein 22 Änderungen aus den Reihen der Regierungskoalition und weitere 51 in der Ausschussdebatte verworfene Änderungsanträge der Opposition zeigen: An dem um 26 % auf 868 Millionen Euro aufgestockten Haushalt des Gesundheitsministers ist etwas faul. Deutlich wird das bei den drei Änderungsanträgen, die abgelehnt wurden – Nummer 44 "Forschung und Therapie für Long COVID", Nummer 45 "Forschung und Therapie für PostVac-Syndrom" und Nummer 47 "Sonderentschädigung für Impfgeschädigte nach einer Corona-Impfung". Deren Ablehnung entlarvt den Herrn Gesundheitsminister Holetschek und seine Unterstützer aus CSU und FREIEN WÄHLERN: Ihnen sind das Schicksal und die gesundheitliche Situation derer völlig egal, die auch von ihm mit einer Fülle falscher Behauptungen über die Wirksamkeit und die Nebenwirkungsfreiheit der Corona-Impfung getäuscht und in die Gen-Spritze getrieben wurden. Er will den Menschen, die durch seine Impfkampagne zu Schaden kamen, offensichtlich nicht helfen. Sie, Herr Holetschek, und die Unterstützer sollten sich schämen; denn es ist eine Schande für die Bayerische Staatsregierung, wenn Leuten, die durch Ihr eigenes Tun zu Schaden kamen, nicht geholfen wird.

Weltweit und auch in Bayern sind die Tatsache und das enorme Ausmaß massiver Nebenwirkungen der Corona-Spritze nicht mehr zu verleugnen. Selbst der Bundesgesundheitsminister Lauterbach streitet das nicht mehr ab. Auch das Paul-Ehrlich-Institut sagt, dass bei den unerwünschten schweren Nebenwirkungen eine Dunkelziffer von 90 % herrscht. Das wäre ein Fall pro 125 Geimpften, die dann mit neurologischen, muskulären oder kardialen Symptomen, Autoimmunerkrankungen, Sehstörungen, Schwindel und vielem mehr, aber auch mit dem Tod rechnen müssen. Da es derzeit keine erforschte Diagnostik für die Corona-Impferkrankung gibt, gibt es mangels Nachweises auch keine Entschädigung nach dem Bundes-Imissionsschutzgesetz.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Swoboda. Ihre Rede ist zu Ende.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Das müssten Sie alle, die hier im Hohen Haus sitzen, aus Ihrer Ehre heraus und aus Sorge um Ihre Wähler und die Mitbürger in Bayern ändern.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke schön, Herr Swoboda. – Nächster Redner ist Herr Kollege Bernhard Seidenath für die CSU-Fraktion.

Bernhard Seidenath (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Einzelplan 14 hat sich seit 2013 deutlich gemausert. Das ist gut so. Schließlich sind die Themen Gesundheit und Pflege das Fundament von allem. Das haben nicht zuletzt die letzten drei Corona-Jahre gezeigt. Gesundheit ist das Wichtigste – privat wie politisch. Die Humanität einer Gesellschaft zeigt sich darin, wie sie mit den Vulnerablen, den Kranken und den Pflegebedürftigen umgeht.

(Ulrich Singer (AfD): Die haben Sie eingesperrt! Ich konnte meine Klienten nicht mehr im Heim besuchen!)

Genau diesen Fundamentalsätzen folgt der Haushalt für das Staatsministerium für Gesundheit und Pflege. Kollege Harald Kühn hat es bereits ausgeführt.

(Ulrich Singer (AfD): Die Vulnerablen haben Sie sitzenlassen in der Krise! Ich bin fassungslos!)

Deshalb sind die 876,3 Millionen Euro im Haushalt des StMGP gut angelegtes Geld und ein weiterer großer Schritt auf dem Weg in Richtung unseres gemeinsamen Ziels, die bestmögliche medizinische, pflegerische und pharmazeutische Versorgung zu erhalten, für alle in Bayern, unabhängig vom Wohnort in Stadt oder auf dem Land.

(Ulrich Singer (AfD): Weggesperrt, isoliert haben Sie die Menschen!)

Unser Ziel ist eine flächendeckende Versorgung, passgenau mit ambulanten haus- und fachärztlichen sowie stationären Leistungen und Leistungen von Heil- und Hilfs-

mittelerbringern, Reha- und Pflegeeinrichtungen sowie von Apotheken in Stadt und Land gleichermaßen.

Nun gibt es Hürden auf diesem Weg. Im Krankenhausbereich werden wir uns weiterhin auf die Hinterbeine stellen und versuchen, den Bedrohungen durch die Pläne auf Bundesebene und durch die Vorgaben des Gemeinsamen Bundesausschusses entgegenzutreten. Wir stehen zu unseren Krankenhäusern in Bayern. Im Einzelplan 03 stehen wieder mehr als 643 Millionen Euro für die Investitionskostenförderung für unsere Krankenhäuser zur Verfügung.

Es gibt aber diverse weitere Steine und Hürden auf dem Weg zu einer optimalen Gesundheitsversorgung, die wir durch haushaltswirksame Leistungen aus dem Weg zu schaffen versuchen. Damit meine ich vor allem den Fachkräftemangel, den es letztlich in allen Bereichen des Gesundheitswesens gibt. Wir treffen Maßnahmen gegen den Fachkräftemangel, bei den Ärztinnen und Ärzten durch die Fortführung von Landarztquote und Amtsarztquote, und bei den Notfallsanitätern, wo es uns gelungen ist, die Zahl der Ausbildungsplätze deutlich zu erhöhen von 245 auf 375. Wir legen mit diesem Haushalt zwei Millionen Euro und damit noch mal 25 Ausbildungsplätze drauf und landen so bei 400 Ausbildungsplätzen in diesem Jahr.

Wir bekämpfen den Fachkräftemangel bei den Hebammen, unter anderem mit dem Hebammenbonus und der Niederlassungsförderung für freiberufliche Hebammen, die auch in der Geburtshilfe tätig sind. – Wir setzen ein Zeichen gegen den Fachkräftemangel bei den medizinischen und zahnmedizinischen Fachangestellten, die einen enorm wichtigen Job machen und dringendst gesucht werden. Wir wollen deren digitale Kenntnisse bei der Ausbildung verstärken und so das Berufsbild insgesamt attraktiver machen.

Wir setzen einen Kontrapunkt gegen den Fachkräftemangel im Bereich der Pflege. Wir wollen mehr junge Menschen für den Pflegeberuf ausbilden und werden deshalb einen Pflegedozentenbonus einführen, für den wir 2 Millionen Euro vorgesehen

haben. Wir wollen Pflegekräfte in ihrem Beruf halten durch die Springerpools, auf die Kollege Kühn schon eingegangen ist. Wir wollen Pflegefachkräfte zurückgewinnen durch ein Projekt in Landsberg am Lech, wo alle aus der Pflege Ausgeschiedenen befragt werden sollen, um zu erfahren, unter welchen Umständen sie zurückkommen würden. Das wird sich dann bayernweit ausrollen lassen.

An der Stelle kann ich die Kritik vom Kollegen Krahl nicht verstehen und muss sie zurückweisen. Ohne die 3 Millionen Euro für die Vereinigung der Pflegenden in Bayern würden die Pflegenden in Bayern genau in dieser Höhe belastet.Stellen Sie doch in Berlin die Zuschläge für die Pflegenden steuerfrei! Damit würden Sie mehr entlasten als mit Ihrer Kritik hier, dass wir 3 Millionen Euro für die Vereinigung bezahlen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir wollen den Pflegeberuf aufwerten und Aufstiegsmöglichkeiten schaffen. Deswegen wollen wir auch die akademisch gebildeten Pflegekräfte, Community Health Nurses, fördern mit einem Projekt in Lindenberg.

Lassen Sie mich angesichts dieser Erfolgs- und Leistungsbilanz betonen: Lieber Herr Kollege Krahl, ich kann Ihre Kritik nicht nachvollziehen. Sie haben gesagt, sie sei "bewusst provokant". Ich würde sagen, dass sie angesichts dessen, was wir machen, armselig ist.

Die Vorschläge der AfD sind der größte Schlag ins Gesicht der Betroffenen. Sie haben nichts zur Bekämpfung von Corona beigetragen und wollen jetzt den an Long COVID Erkrankten zur Seite springen. Das ist wirklich ein Schlag ins Gesicht!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dr. Dominik Spitzer beklagt, dass die Sektorengrenzen überwunden werden müssten. Wir müssten den Leistungskatalog der Hilfsmittelerbringer erhöhen. – Das müssten Sie bitte in Berlin tun! Da sind Sie leider im Moment näher dran als wir!

Meine Damen und Herren, der Haushalt des Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege ist gut angelegtes Geld. Das Ministerium setzt bei den elementaren Lebensbereichen an, wo die Menschen im Mittelpunkt stehen. Ich danke unserem Gesundheitsminister Klaus Holetschek für sein ebenso segensreiches wie zupackendes und einfühlsames Wirken für die Betroffenen. In diesen Dank schließe ich alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Ministeriums an den beiden Standorten München und Nürnberg ein, auch die Mitarbeiter des LGL und des LfP. Jeder einzelne Cent dieses Haushaltsplans ist gut angelegt und gerechtfertigt. Wir werden diesen Haushalt aus Überzeugung und mit Freude beschließen. Ich bitte Sie, das auch zu tun.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Seidenath. – Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Christina Haubrich für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Christina Haubrich (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Seidenath, da Sie gerade Berlin angesprochen haben, möchte mit zwei Bemerkungen zur Krankenhausreform starten. Ich möchte Sie daran erinnern, dass für die Krankenhausplanung und die Investitionskosten für die Krankenhäuser die Zuständigkeit beim Freistaat liegt. Würde sich der Bund nicht um Reformen bemühen, wäre das unkontrollierte Sterben der Krankenhäuser, insbesondere in den ländlichen Regionen, vorprogrammiert. Wir brauchen jetzt einen Reformprozess, den wir in Gang bringen müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Woher kommen denn die Vorgaben für die Krankenhäuser? – Aus Berlin!)

Ja, kleine Krankenhäuser kämpfen schon jetzt. Bevor Sie aber nach Berlin rufen, möchte ich Sie daran erinnern, dass Herr Ministerpräsident Söder schon im Jahr 2018 einen Schutzschirm für Krankenhäuser, die in Schieflage geraten sind, versprochen

hat. Wo ist dieser Schutzschirm? – Das war eine leere Versprechung. Dieser Schutzschirm ist nie gekommen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nun zu unseren Haushaltsanträgen; denn dabei geht es auch um Investitionskosten. Ich warte Jahr um Jahr darauf, dass endlich eine echte Förderung für Green Hospitals kommt. Aber es passiert nichts. Jahr um Jahr erhalten wir mehr Warnzeichen: Hitzetage, Allergien und Tropenkrankheiten vor unserer Haustür. Der Klimawandel ist eine Gefahr für die Menschen, aber auch eine große Belastung für unser Gesundheitssystem. Der Gesundheitssektor ist aber nicht nur Leidtragender, er ist auch Verursacher. Etliche Forscher und Studien appellieren an die Politik, dass wir handeln müssen; denn der Gesundheitssektor trägt mit knapp 5 % zu den nationalen CO_2-Emissionen bei. Leider kann ich in diesem Haushalt keine tiefgreifenden Veränderungen auf dem Weg zu klimaneutralen Krankenhäusern feststellen. Die Green-Hospital-Initiative ist mit viel zu wenig Geld unterlegt, als dass es eine echte Veränderung geben könnte. Sie enthält weder finanzielle Förderungen noch Anreize.

Einen weiteren Schwerpunkt möchte ich heute auf die Jüngsten legen. Sie mussten in der vergangenen Zeit viel Leid ertragen. Ich denke hier nicht nur an die Corona-Pandemie. Mir scheint, als hätte die Staatsregierung bereits vergessen, was sich Ende vergangenen Jahres abgespielt hat. Unsere Kinderkliniken waren absolut am Limit. Es gab überbelegte Intensivstationen und Eltern, die von Kliniken abgewiesen und weitergeschickt wurden. Zu viele Kinder litten an Infektionskrankheiten. Das darf im kommenden Winter nicht mehr passieren. Wir müssen verhindern, dass es noch einmal einen derartigen Notstand gibt, von dem wir überrannt werden. Bauen Sie jetzt die Kinderintensiv- und Notfallmedizin in Bayern aus! Sorgen Sie jetzt für virtuelle Kinderkrankenhäuser sowie telemedizinische Netzwerke, wie wir das fordern!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wie oft wurde schon eine Digitalisierung im Gesundheitswesen versprochen. Wir haben immer noch eine unzureichende Telemedizin, kein virtuelles Krankenhaus und kaum Digitalisierung im öffentlichen Raum. Damit muss jetzt Schluss sein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Haubrich. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Prof. Peter Bauer für die Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich war heute den ganzen Tag aufmerksam und habe mir die Reden von Herrn Hartmann und von Herrn von Brunn angehört. Ich war erschüttert; denn in diesen Reden gab es keine Menschlichkeit, keine Empathie. Wo bleiben denn die kleinen Menschen, um die Sie sich kümmern wollen? – Kein einziges Wort davon.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Ruth Waldmann (SPD): Das Gegenteil ist der Fall!)

Was Sie hier abgeliefert haben, war einfach erbärmlich. Das sollten Sie sich einmal ins Stammbuch schreiben!

Zu diesem Haushalt: Die Mittel für Pflege und Hospiz werden auf 604,9 Millionen Euro erhöht. Mit diesen Mitteln sollen unter anderem die Versorgungsstrukturen und die pflegerische Infrastruktur verbessert werden. Herr Krahl, hier geht es nicht nur um Pilotprojekte; hier werden tatsächliche Projekte umgesetzt. Die Mittel für die Pflegeforschung werden auf 54 Millionen Euro erhöht.

Besonders wichtig ist das Pflegeprogramm "PflegesoNah". Hier geht es um den sozialen Nahraum und die Pflege zu Hause. Die Menschen möchten in ihrer Heimat alt werden. Darauf haben sie auch das Recht. Deshalb bin ich dankbar, dass dieses Programm über einen Änderungsantrag mit zusätzlich 40 Millionen Euro ausgestattet

werden konnte. Wir sind hier auf einem richtigen Weg. Rom ist auch nicht an einem Tag erbaut worden. Wir sind aber auf dem richtigen Weg und werden diesen konsequent weitergehen. Wir werden diesen Weg mit dieser Bayernkoalition auch zu Ende führen.

Sie fangen jedes Mal wieder mit der Pflegeplatzgarantie an. Ich habe es an dieser Stelle schon gesagt: Die lässt sich in dieser Periode nicht mehr umsetzen. Nehmen Sie das einmal zur Kenntnis und bringen Sie nicht immer wieder diese alten Kamellen. Wir haben die Intention und den Auftrag, dieses Thema spätestens in der nächsten Periode wieder anzugehen.

Herr Hartmann, Hospizvereine sind für Sie wahrscheinlich kein Gewinnerthema. Wie soll man Menschen helfen, die sterben, und sie palliativ versorgen? Das interessiert Sie wahrscheinlich nicht. Ich sage Ihnen: Diese Koalition ist dabei, Schwerstkranken und sterbenden Menschen zu helfen. Wir sind stolz auf diese Menschlichkeit und diese Mitmenschlichkeit. Wir wollen den Menschen auch noch in der letzten Phase ihres Lebens ein würdiges Leben bescheren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Mir liegt auch das Pflegeübungszentrum PÜZ am Herzen. Dort kann geübt werden, wie man pflegt. Wir wollen dafür ein handelsübliches Wohnmobil anschaffen, damit die Menschen vor Ort, auch Menschen mit Behinderungen, die Pflege üben können. Das sind konkrete Projekte. Vielen Dank für Ihre Unterstützung. Ich bitte um Zustimmung zu diesem Haushalt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Prof. Bauer. Bitte bleiben Sie noch am Mikrofon. Es gibt eine Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Andreas Krahl vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Andreas Krahl (GRÜNE): Geschätzter Herr Kollege Prof. Bauer, zu den konkreten Projekten: Sie haben das ganz konkrete Projekt der Pflegeplatzgarantie, das im Koalitionsvertrag steht, als "alte Kamelle" abgetan. Gleichzeitig haben Sie dem Minister widersprochen und gesagt, dass Sie dieses Thema in die nächste Legislatur mitnehmen wollen. Welches Wort zählt denn jetzt mehr? Der Herr Staatsminister hat dieses Thema beerdigt; Sie wollen es in die nächste Legislatur mitnehmen. Wo stehen Sie?

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer (FREIE WÄHLER): Ich stehe ganz klar für die Pflegeplatzgarantie. Der Wähler hat darüber zu entscheiden, wer in der nächsten Periode als Abgeordneter kommt, und wer als Minister für Gesundheit und Pflege zuständig ist, das habe ich nicht zu entscheiden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Kollege Prof. Bauer, vielen Dank. – Für die Staatsregierung hat der Staatsminister Klaus Holetschek das Wort.

Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Dieser Haushalt ist dadurch gekennzeichnet, dass wir auf das Thema Pflege einen Schwerpunkt legen. Ich glaube auch, dass das Thema Pflege die zentrale Herausforderung der Zukunft sein wird.

Wenn wir heute darüber reden, wann und warum es in bestimmten Situationen zu Krisen in unserem Gesundheitssystem – in unseren Krankenhäusern und in den Kinderkliniken – kam, stellen wir fest, es ist nicht deshalb so gewesen, weil es an Betten oder technischen Geräten gefehlt hat, sondern weil Pflegekräfte an den Betten fehlten. Deshalb ist das zentrale Thema für die Zukunft, die Arbeitsbedingungen für Pflegekräfte zu verbessern. Ich glaube, wir gehen dieses Thema ganz konzentriert an, zum Beispiel durch Springerpools, die wir jetzt an 30 Einrichtungen ausprobieren. Sie müssen in die Regelversorgung überführt werden.

Ich kann Ihnen sagen: Ich war vor Kurzem mit Andrea Nahles und vielen Vertretern von Einrichtungsträgern in Nürnberg zusammen. Dort haben wir ganz klar gesagt: Die Arbeitsbedingungen sind das zentrale Thema. Frau Nahles hat signalisiert, dass sie im Bereich der Wiedereinsteigerprogramme viele Möglichkeiten der Förderung durch die Bundesagentur für Arbeit sieht. Wir werden dazu Veranstaltungen durchführen. Wir werden auch eine Bundesratsinitiative zum Thema Leiharbeit starten, die man einschränken muss. Es gibt einen anderen Ansatz. Ich glaube, wir müssen da anders herangehen. Wir müssen auch darüber reden, wie wir über das Thema hinaus Verbesserungen herbeiführen können. Deswegen gibt es zum Thema bezahlbarer Wohnraum für Pflegekräfte eine gemeinsame Arbeitsgruppe vom Kollegen Bernreiter und mir, weil es einfach das zentrale Thema ist, wie wir die Menschen für die Zukunft in diese Berufe bekommen. Wir führen Kampagnen durch und versuchen, das Thema Akademisierung mit einem eigenen Stipendienprogramm anzustoßen. Wir tun wirklich sehr viel.

Herr Kollege Krahl, Sie sprechen immer das Landespflegegeld an. Das Landespflegegeld ist schon etwas Besonderes. Es ist etwas, was direkt zu den Menschen hinkommt. Ich glaube, dass man schon mal dieses Zeichen der Menschlichkeit, der Wertschätzung, der besonderen Zuwendung hinnehmen kann und sagen kann: Hier passiert etwas, was andere eben nicht tun. Es ist für die Menschen, wenn sie sich für dieses Pflegegeld bedanken, schon etwas ganz Besonderes. Gleichwohl entbindet es uns nicht davon, an dem Thema weiterzuarbeiten. Deswegen haben wir die Pflegeplatzgarantie zu einer gemeinsamen Strategie mit den Kommunen weiterentwickelt – "Gute Pflege. Daheim in Bayern". Was bedeutet das auf kommunaler Ebene für die Frage der Sektorenverbindung ambulant und stationär, unter Einbeziehung von Gemeindeschwestern, in der Frage, wie wir Nachbarschaftshilfe aufstellen und Ehrenamt und Familie zusammenbringen können?

(Zuruf des Abgeordneten Andreas Winhart (AfD))

Es findet natürlich in den Kommunen vor Ort statt. Deswegen ist diese Strategie richtig und wichtig, die wir gemeinsam mit den Spitzenverbänden verfolgen, weil es natürlich

so ist, dass die Menschen daheim, in ihren Sozialräumen älter werden wollen, am besten in den eigenen vier Wänden. Deswegen sind diese Programme "Gute Pflege. Daheim in Bayern" und "PflegesoNah" Säulen einer wichtigen Strategie. Über 5.000 Plätze werden wir in dieser Legislaturperiode insgesamt geschaffen haben. Wir werden auch noch weitere schaffen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wir haben 134 Millionen Euro, die wir für dieses Programm ansetzen können, und zwar für die Kurzzeitpflege, die Tagespflege und die Nachtpflege. Wir haben wirklich tolle Projekte. Ich war vor Kurzem auf einem Pflegebauernhof. Das ist etwas, wo Menschen überlegt haben, wie man Dinge zusammenführen kann, wie es das bisher so nicht gab. Das war mitten im Ort. Das Thema war, Landwirtschaft und Pflege, Jung und Alt zu verbinden. – Auf diesem Sektor müssen wir, glaube ich, gemeinsam für die Zukunft weitermachen.

Natürlich stehen wir vor großen Herausforderungen im Krankenhausbereich. Selbstverständlich brauchen wir eine Krankenhausreform. Ich würde das auch nie bestreiten, weil sie notwendig ist, da sich die DRGs überholt haben und wir Medizin anders finanzieren müssen. Das alles ist tatsächlich unbestritten. Aber natürlich muss die Reform auch so sein, dass sie die ländlichen Räume abbildet. Sie muss auch so sein, dass gewachsene Versorgungsstrukturen berücksichtigt werden.

Wenn es darum geht, zu flexibilisieren und Länderöffnungsklauseln und andere Dinge einzuführen, sind das selbstverständlich die ersten richtigen Ansätze. Wir müssen uns überlegen: Wie können wir die Leistungsgruppen den Leveln zuordnen? Wie flexibel sind wir? Welche bundeseinheitlichen Strukturvoraussetzungen müssen wir definieren, die dann auch Qualität sichern? Es muss aber so sein, dass eine wohnortnahe Versorgung weiter im Mittelpunkt steht. Dazu gehören auch niedergelassene Ärztinnen und Ärzte. Dazu gehört natürlich auch, was der Kollege Spitzer vorher angesprochen hat, die Versorgung vor Ort. Wenn Bayern 2.700 neue Studienplätze in Augsburg oder am

Medizincampus in Oberfranken oder am Medizincampus in Niederbayern schafft, sind das natürlich wichtige und wuchtige Aufschläge, für die ich mir wünschen würde, dass andere Bundesländer nachziehen, weil es notwendig ist, dass wir insgesamt noch mehr Studienplätze schaffen. Wir leisten dahin gehend schon einen großen Beitrag.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Deswegen werden wir diesen Weg auch ganz konsequent fortzusetzen. Wir werden überall dort ansetzen, wo wir Dinge verändern können, die uns belasten.

Weil ich gerade Walter Nussel sehe, sage ich: Wir starten jetzt Modellprojekte zur Entbürokratisierung in den Krankenhäusern, weil es einfach nicht mehr so weitergeht, weil wir von den Vorschriften herunterkommen müssen, die Menschen belasten. Wir schaffen für Pflegekräfte aus dem Ausland eine Fast Lane. Wir führen das beim Landesamt für Pflege mit der Zentralen Stelle für die Einwanderung von Fachkräften in Nürnberg zusammen. Wir bilden Teams, die gemeinsam arbeiten. Wir stellen 3 Millionen Euro für die Integration von Pflegekräften zur Verfügung, die zu uns kommen, damit sie hier nicht nur gute Arbeit finden, sondern auch ein gutes Leben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Deswegen werden wir alles daransetzen, dass Bayern auf diesem Weg weitergeht, dass Menschen hier gut versorgt werden, gut gepflegt werden. Wir werden auch dort, wo es nötig ist, in Richtung Berlin die Dinge adressieren, weil Gesundheitspolitik und Sozialgesetzgebung nun mal auch in Berlin gemacht werden.

Ich sage es noch einmal: Wenn Sie hier immer über die Zahlen dieses Haushalts reden, müssen Sie auch mal in Berlin die Chance nutzen und dafür sorgen, dass dort die offenen Flanken zugemacht werden. Auch dort geht es um Geld. Es geht um die Unterfinanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung – immer noch keine ausreichenden Beiträge des Bundes zu den Gesundheitskosten für Empfänger von Arbeits-

losengeld II. Es geht um die Unterfinanzierung der Pflegeversicherung – Beitragserhöhungen jetzt und Leistungen in der Zukunft ohne Steuermittel wird nicht funktionieren, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Also: Sprechen Sie mit Ihrem Finanzminister in Berlin, weil dort die Frage, wo die Haushaltsmittel für die drängendsten Probleme herkommen, ganz zentral ist. Auch eine Krankenhausreform wird ohne zusätzliches Geld nicht gelingen.

Wir machen unsere Hausaufgaben und sorgen für die Menschen in diesem Land. Nehmen Sie Ihre Verantwortung in Berlin wahr, dann kann etwas daraus werden!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Staatsminister, es liegen zwei Meldungen zu Zwischenbemerkungen vor. Die erste kommt vom fraktionslosen Abgeordneten Raimund Swoboda.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Herr Staatsminister Holetschek, kommen Sie angesichts der vielen Impfordner nicht in Gewissensnot?

(Zurufe von der CSU: Oh!)

Wollen Sie diesen Menschen nicht helfen? Haben Sie kein Einfühlungsvermögen oder menschliche Anteilnahme? Warum wollen Sie kein Geld für Forschung und Therapie im Hinblick auf diese schrecklichen Impfnebenwirkungen und Impftötungen ausgeben?

(Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Bei Ihnen muss es noch die Schluckimpfung gewesen sein! – Heiterkeit)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Staatsminister, bitte schön.

Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege): Herr Swoboda, wir haben für Long- und Post-COVID-Erkrankungen mehr Geld in die Hand genommen als manch andere Länder, nämlich über 10 Millionen Euro. Wir haben erst kürzlich Projekte zur Rehabilitation für Kinder und Jugendliche vorgestellt. Wir starten in der nächsten Woche eine Hotline für Menschen, die sich zum Thema Post-Vac-Syndrom melden können, damit sie eine Anlaufstelle haben. Wir unterscheiden genau zwischen Impfschäden und anderen Erkrankungen. In Bayern sind an die 80 Fälle von Impfschäden registriert, und das bei 29 Millionen abgegebenen Impfungen!

Herr Swoboda, ich bin nach wie vor der Meinung, dass das Impfen der richtige Weg aus der Pandemie war. Das sage ich Ihnen immer wieder.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ich ducke mich heute auch nicht aus der Verantwortung weg. Ich habe hier an diesem Rednerpult immer wieder darauf hingewiesen, dass das Impfen der richtige Weg ist.Sie haben das immer wieder geleugnet und immer wieder negiert. Ich bleibe dabei und trage diese Verantwortung gerne, weil die Impfung Menschenleben gerettet hat, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Nun die Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Toni Schuberl, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Toni Schuberl (GRÜNE): Herr Staatsminister, Sie haben am 30. Januar verkündet, dass es 20 Millionen geben wird, um die Krankenhäuser in Bayern fit für die Zukunft zu machen. Ich habe Ihnen ein Schreiben geschickt und nachgefragt, wie viel davon denn beim Krankenhaus Wegscheid ankommt. Bisher habe ich keine Antwort erhalten.

Ich will Sie hier noch mal konkret fragen: In das Krankenhaus Wegscheid muss investiert werden, damit es zukunftsfähig ist. Wie viel von diesen 20 Millionen wird dort ankommen?

Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege): Herr Kollege Schuberl, die 20 Millionen pro Jahr auf fünf Jahre laufen ab 2024; wir machen gerade die Förderrichtlinie. Es geht nicht um die Frage der Betriebskostenfinanzierung.

Wir haben dem Krankenhaus Wegscheid 180.000 Euro zur Verfügung gestellt, um gemeinsam ein Konzept zu entwickeln, wie wir dort in die Zukunft gehen. Ich kann Ihnen nur sagen: Unter den Kautelen der jetzigen Krankenhausreform muss man natürlich erst einmal schauen, was denn überhaupt die Rahmenbedingungen der Zukunft sind.

Das Krankenhaus Wegscheid leidet darunter, dass es einen Sicherstellungsauftrag hat, den der Bund mit 400.000 Euro vergütet. Er läuft im Mai aus, außer das Krankenhaus Wegscheid würde eine Intensivstation mit sechs Betten schaffen; das ist aber – ehrlicherweise – unsinnig.

Wir brauchen deswegen klare Rahmenbedingungen dessen, was jetzt in der Krankenhausreform kommt. Wir unterstützen die Häuser. Dieses Programm, das Sie beschrieben haben, wird mit einer Förderrichtlinie zur Unterstützung des Strukturwandels kleinerer Krankenhäuser starten.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2023, Einzelplan 14, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/27552 mit 18/27624 und 18/27983 sowie die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 18/27962 zugrunde.

Ich lasse zunächst über die beiden Änderungsanträge, zu denen namentliche Abstimmung beantragt wurde, abstimmen. Bitte verwenden Sie jeweils Ihr Abstimmgerät.

Zunächst ist über den Änderungsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Forschung und Therapie für Long COVID" auf der Drucksache 18/27617 in namentlicher Form abzustimmen. Abstimmungszeit: drei Minuten. Die Abstimmung ist nun freigegeben.

(Namentliche Abstimmung von 19:12 bis 19:15 Uhr)

Konnten alle Abgeordneten ihre Stimme abgeben? – Das ist jetzt offensichtlich der Fall. Damit ist die Abstimmung geschlossen.

Bis wir die zweite Abstimmung durchführen können, brauchen wir noch ein bisschen Zeit. –

Es folgt nun die namentliche Abstimmung über den Änderungsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Forschung und Therapie für PostVac-Syndrom" auf Drucksache 18/27618. Abstimmungszeit: zwei Minuten. Die Abstimmung ist freigegeben.

(Namentliche Abstimmung von 19:17 bis 19:19 Uhr)

Sind alle Stimmen im Kasten? – Das scheint der Fall zu sein. Dann schließe ich die Abstimmung und gebe zugleich das Ergebnis der soeben durchgeführten namentlichen Abstimmung zum Änderungsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Forschung und Therapie für Long COVID", Drucksache 18/27617, bekannt. Mit Ja haben 15 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 130 Abgeordnete gestimmt. Es gab eine Stimmenthaltung. Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Wir erwarten jetzt noch das Ergebnis der zweiten durchgeführten namentlichen Abstimmung. Erst dann werden wir über den Einzelplan 14 abstimmen können.

(Unterbrechung von 19:20 bis 19:22 Uhr)

Wir nehmen die Sitzung wieder auf. Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Änderungsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Forschung und Therapie für PostVac-Syndrom", Drucksache 18/27618, bekannt. Mit Ja haben 16 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 130 Abgeordnete gestimmt. Stimmenthaltungen: eine. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 5)

Wir kommen nun noch zur Abstimmung über den Einzelplan 14 selbst. Der Einzelplan 14 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung mit Bericht auf der Drucksache 18/27962 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 14 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER sowie der Abgeordnete Sauter (fraktionslos). Gegenstimmen! – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FDP, AfD sowie die Abgeordneten Busch (fraktionslos), Bayerbach (fraktionslos), Klingen (fraktionslos), Plenk (fraktionslos) und Swoboda (fraktionslos). Stimmenthaltungen? – Sehe ich keine. Damit ist der Einzelplan 14 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, über die nicht einzeln abgestimmt wurde, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge kann über Plenum Online eingesehen werden.

(Siehe Anlage 6)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Haushalts 2023 vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – CSU, FREIE WÄHLER, GRÜNE, SPD, FDP, AfD, der Abgeordnete Busch (fraktionslos). Gegenstimmen! – Keine Gegenstimmen. Enthaltungen! – Bei Enthaltung der Abgeordneten Bayerbach (fraktionslos), Klingen (fraktionslos), Plenk (fraktionslos) und Swoboda (fraktionslos). Dann ist das so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen, Drucksache 18/27962, weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/27584 mit 18/27605 und 18/27983 ihre Erledigung gefunden haben.

Die Beratung des Einzelplans 14 ist abgeschlossen.

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 28.03.2023 zu Tagesordnungspunkt 5: Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Winhart, Roland Magerl, Ulrich Singer u. a. und Fraktion AfD; Haushaltsplan 2023; hier: Forschung und Therapie für Long COVID (Kap. 14 03 neuer Tit.) (Drucksache 18/27617)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus		X	
Adjei Benjamin		X	
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst		X	
Atzinger Oskar	X		
Aures Inge			
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. **Bauer** Peter		X	
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen			
Prof. Dr. **Bausback** Winfried		X	
Bayerbach Markus	X		
Becher Johannes			
Becker Barbara		X	
Beißwenger Eric		X	
Bergmüller Franz	X		
Blume Markus			
Böhm Martin	X		
Bozoglu Cemal		X	
Brandl Alfons		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von **Brunn** Florian			
Dr. **Büchler** Markus			
Busch Michael		X	
Celina Kerstin		X	
Dr. **Cyron** Anne			
Deisenhofer Maximilian			
Demirel Gülseren			
Dorow Alex		X	
Dremel Holger		X	
Dünkel Norbert		X	
Duin Albert		X	
Ebner-Steiner Katrin	X		
Eck Gerhard			
Eibl Manfred		X	
Dr. **Eiling-Hütig** Ute		X	
Eisenreich Georg		X	
Enders Susann		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Enghuber Matthias		X	
Fackler Wolfgang		X	
Dr. **Faltermeier** Hubert		X	
Fehlner Martina			
Fischbach Matthias		X	
Flierl Alexander		X	
Flisek Christian		X	
Franke Anne		X	
Freller Karl			
Friedl Hans		X	
Friedl Patrick			
Fuchs Barbara		X	
Füracker Albert		X	
Gehring Thomas			
Gerlach Judith			
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			
Gotthardt Tobias		X	
Gottstein Eva			
Graupner Richard	X		
Grob Alfred			
Güller Harald		X	
Guttenberger Petra		X	
Häusler Johann			
Hagen Martin		X	
Prof. Dr. **Hahn** Ingo	X		
Halbleib Volkmar		X	
Hartmann Ludwig		X	
Hauber Wolfgang		X	
Haubrich Christina		X	
Hayn Elmar			
Henkel Uli	X		
Herold Hans		X	
Dr. **Herrmann** Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. **Herz** Leopold		X	
Dr. **Heubisch** Wolfgang			
Hierneis Christian		X	
Hiersemann Alexandra			
Hintersberger Johannes			
Högl Petra		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander		X	
Holetschek Klaus		X	
Dr. **Hopp** Gerhard		X	
Huber Martin			
Huber Thomas		X	
Huml Melanie			
Jäckel Andreas		X	
Dr. **Kaltenhauser** Helmut		X	
Kaniber Michaela			
Karl Annette		X	
Kirchner Sandro		X	
Klingen Christian	X		
Knoblach Paul		X	
Köhler Claudia		X	
König Alexander		X	
Körber Sebastian		X	
Kohler Jochen		X	
Kohnen Natascha		X	
Krahl Andreas		X	
Kraus Nikolaus		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Sanne			
Ländner Manfred		X	
Lettenbauer Eva		X	
Löw Stefan			
Dr. **Loibl** Petra		X	
Lorenz Andreas		X	
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland	X		
Maier Christoph	X		
Mang Ferdinand			
Mannes Gerd	X		
Markwort Helmut		X	
Dr. **Mehring** Fabian		X	
Dr. **Merk** Beate		X	
Miskowitsch Benjamin			
Mistol Jürgen		X	
Mittag Martin			
Monatzeder Hep		X	
Dr. **Müller** Ralph			
Müller Ruth			
Muthmann Alexander		X	
Nussel Walter		X	
Dr. **Oetzinger** Stephan		X	
Osgyan Verena		X	
Pargent Tim		X	
Prof. Dr. **Piazolo** Michael			
Pittner Gerald		X	
Plenk Markus			X

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pohl Bernhard			
Pschierer Franz Josef		X	
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris		X	
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias		X	
Riedl Robert		X	
Dr. **Rieger** Franz		X	
Rinderspacher Markus		X	
Ritt Hans		X	
Ritter Florian		X	
Rüth Berthold		X	
Dr. **Runge** Martin			
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas			
Scharf Ulrike			
Schiffers Jan			
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi		X	
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin			
Schuberl Toni		X	
Schuhknecht Stephanie			
Schulze Katharina			
Schuster Stefan		X	
Schwab Thorsten		X	
Schwamberger Anna		X	
Dr. **Schwartz** Harald			
Seidenath Bernhard		X	
Sengl Gisela		X	
Siekmann Florian			
Singer Ulrich	X		
Skutella Christoph		X	
Dr. **Söder** Markus			
Sowa Ursula		X	
Dr. **Spaenle** Ludwig			
Dr. **Spitzer** Dominik		X	
Stachowitz Diana		X	
Stadler Ralf			
Steinberger Rosi		X	
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus			
Stolz Anna			
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Dr. **Strohmayr** Simone		X	
Stümpfig Martin		X	
Swoboda Raimund	X		
Tasdelen Arif		X	
Taubeneder Walter			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele			
Urban Hans			
Vogel Steffen		X	
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth		X	
Prof. Dr. **Waschler** Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Dr. **Weigand** Sabine			
Weigert Roland			
Widmann Jutta			
Wild Margit		X	
Winhart Andreas	X		
Winter Georg		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Zwanziger Christian		X	
Gesamtsumme	15	130	1

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 28.03.2023 zu Tagesordnungspunkt 5: Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Winhart, Roland Magerl, Ulrich Singer u. a. und Fraktion AfD; Haushaltsplan 2023; hier: Forschung und Therapie für PostVac-Syndrom (Kap. 14 03 neuer Tit.) (Drucksache 18/27618)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus		X	
Adjei Benjamin		X	
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst		X	
Atzinger Oskar	X		
Aures Inge			
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. **Bauer** Peter		X	
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen			
Prof. Dr. **Bausback** Winfried		X	
Bayerbach Markus	X		
Becher Johannes			
Becker Barbara		X	
Beißwenger Eric		X	
Bergmüller Franz	X		
Blume Markus			
Böhm Martin	X		
Bozoglu Cemal		X	
Brandl Alfons		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von **Brunn** Florian			
Dr. **Büchler** Markus			
Busch Michael		X	
Celina Kerstin		X	
Dr. **Cyron** Anne			
Deisenhofer Maximilian			
Demirel Gülseren			
Dorow Alex		X	
Dremel Holger		X	
Dünkel Norbert		X	
Duin Albert		X	
Ebner-Steiner Katrin	X		
Eck Gerhard			
Eibl Manfred		X	
Dr. **Eiling-Hütig** Ute		X	
Eisenreich Georg		X	
Enders Susann		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Enghuber Matthias		X	
Fackler Wolfgang		X	
Dr. **Faltermeier** Hubert		X	
Fehlner Martina			
Fischbach Matthias		X	
Flierl Alexander		X	
Flisek Christian		X	
Franke Anne		X	
Freller Karl			
Friedl Hans		X	
Friedl Patrick			
Fuchs Barbara		X	
Füracker Albert		X	
Gehring Thomas			
Gerlach Judith			
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			
Gotthardt Tobias		X	
Gottstein Eva			
Graupner Richard	X		
Grob Alfred			
Güller Harald		X	
Guttenberger Petra		X	
Häusler Johann			
Hagen Martin		X	
Prof. Dr. **Hahn** Ingo	X		
Halbleib Volkmar		X	
Hartmann Ludwig		X	
Hauber Wolfgang		X	
Haubrich Christina		X	
Hayn Elmar			
Henkel Uli	X		
Herold Hans		X	
Dr. **Herrmann** Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. **Herz** Leopold		X	
Dr. **Heubisch** Wolfgang			
Hierneis Christian		X	
Hiersemann Alexandra			
Hintersberger Johannes			
Högl Petra		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander		X	
Holetschek Klaus		X	
Dr. **Hopp** Gerhard		X	
Huber Martin			
Huber Thomas		X	
Huml Melanie			
Jäckel Andreas		X	
Dr. **Kaltenhauser** Helmut		X	
Kaniber Michaela			
Karl Annette		X	
Kirchner Sandro		X	
Klingen Christian	X		
Knoblach Paul		X	
Köhler Claudia		X	
König Alexander		X	
Körber Sebastian		X	
Kohler Jochen		X	
Kohnen Natascha		X	
Krahl Andreas		X	
Kraus Nikolaus		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Sanne			
Ländner Manfred		X	
Lettenbauer Eva		X	
Löw Stefan			
Dr. **Loibl** Petra		X	
Lorenz Andreas		X	
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland	X		
Maier Christoph	X		
Mang Ferdinand			
Mannes Gerd	X		
Markwort Helmut		X	
Dr. **Mehring** Fabian		X	
Dr. **Merk** Beate		X	
Miskowitsch Benjamin			
Mistol Jürgen		X	
Mittag Martin			
Monatzeder Hep		X	
Dr. **Müller** Ralph			
Müller Ruth			
Muthmann Alexander		X	
Nussel Walter		X	
Dr. **Oetzinger** Stephan		X	
Osgyan Verena		X	
Pargent Tim		X	
Prof. Dr. **Piazolo** Michael			
Pittner Gerald		X	
Plenk Markus			X

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pohl Bernhard			
Pschierer Franz Josef		X	
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris		X	
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias		X	
Riedl Robert		X	
Dr. **Rieger** Franz		X	
Rinderspacher Markus		X	
Ritt Hans		X	
Ritter Florian		X	
Rüth Berthold		X	
Dr. **Runge** Martin			
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas			
Scharf Ulrike			
Schiffers Jan			
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi		X	
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin			
Schuberl Toni		X	
Schuhknecht Stephanie			
Schulze Katharina			
Schuster Stefan		X	
Schwab Thorsten		X	
Schwamberger Anna		X	
Dr. **Schwartz** Harald			
Seidenath Bernhard		X	
Sengl Gisela		X	
Siekmann Florian			
Singer Ulrich	X		
Skutella Christoph		X	
Dr. **Söder** Markus			
Sowa Ursula		X	
Dr. **Spaenle** Ludwig			
Dr. **Spitzer** Dominik		X	
Stachowitz Diana		X	
Stadler Ralf			
Steinberger Rosi		X	
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia	X		
Stöttner Klaus			
Stolz Anna			
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Dr. **Strohmayr** Simone		X	
Stümpfig Martin		X	
Swoboda Raimund	X		
Tasdelen Arif		X	
Taubeneder Walter			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele		X	
Urban Hans			
Vogel Steffen		X	
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth		X	
Prof. Dr. **Waschler** Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Dr. **Weigand** Sabine			
Weigert Roland			
Widmann Jutta			
Wild Margit		X	
Winhart Andreas	X		
Winter Georg		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Zwanziger Christian		X	
Gesamtsumme	16	130	1

Mitteilung

des Bayerischen Landtags

zum Tagesordnungspunkt 5

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 14

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Dominik Spitzer, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Patienten- und Pflegebeauftragter
   (Kap. 14 01 Tit. 534 01)
   Drs. 18/27552

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Dominik Spitzer, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Qualifizierung des Personals der Fachstellen für Pflege- und Behinderteneinrichtungen – Qualitätsentwicklung und Aufsicht – (FQA)
   (Kap. 14 04 Tit. 525 70)
   Drs. 18/27553

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Dominik Spitzer, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Studien, Gutachten, Forschungsaufträge und dgl.
   (Kap. 14 04 Tit. 526 76)
   Drs. 18/27554

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Dominik Spitzer, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Landespflegegeld nach dem Bayerischen Landespflegegeldgesetz
   (Kap. 14 04 Tit. 681 84)
   Drs. 18/27555

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Dominik Spitzer, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen
   (Kap. 14 04 Tit. 684 75)
   Drs. 18/27556

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Dominik Spitzer, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen
   (Kap. 14 04 Tit. 684 76)
   Drs. 18/27557

7. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Dominik Spitzer, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2023,
   hier: Kosten für Untersuchungen, Gutachten, Studien und Forschungsaufträge
   (Kap. 14 05 Tit. 526 81)
   Drs. 18/27558

8. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Dominik Spitzer, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungskosten
   (Kap. 14 23 Tit. 547 63)
   Drs. 18/27559

9. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Dominik Spitzer, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Hard- und Software
   (Kap. 14 23 Tit. 812 63)
   Drs. 18/27560

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tim Pargent u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2023;
    hier: Stärkung der Innenrevision im Staatsministerium für Gesundheit und Pflege
    (Kap. 14 01 Tit. 422 01)
    Drs. 18/27561

11. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2023;
    hier: Erweiterung Hebammenbonus, Niederlassungsprämie Hebammen
    (Kap. 14 03 Tit. 681 87)
    Drs. 18/27562

12. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Andreas Krahl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2023;
    hier: Sektorenübergreifende Versorgung stärken
    (Kap. 14 03 Tit. 686 64)
    Drs. 18/27563

13. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Andreas Krahl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2023;
    hier: Schaffung niedrigschwelliger Versorgungsstrukturen
    (Kap. 14 03 TG 64 Tit. 686 64)
    Drs. 18/27564

14. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2023;
    hier: Virtuelles Krankenhaus
    (Kap. 14 03 TG 75 neuer Tit.)
    Drs. 18/27565

15. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christina Haubrich u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2023;
    hier: Virtuelles Kinderkrankenhaus – Telemedizinisches Netzwerk Kinderintensiv- und Notfallmedizin in Bayern jetzt etablieren!
    (Kap. 14 03 TG 75 neuer Tit.)
    Drs. 18/27566

16. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christina Haubrich u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2023;
    hier: Echtes Förderungsprogramm für „Green Hospital“ auflegen!
    (Kap. 14 03 TG 90 neuer Tit.)
    Drs. 18/27567

17. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Andreas Krahl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2023;
    hier: Stärkung der Qualifizierungs- und Evaluierungsmaßnahmen der FQA
    (Kap. 14 04 Tit. 525 70)
    Drs. 18/27568

18. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Andreas Krahl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2023;
    hier: Vereinigung der Pflegenden in Bayern
    (Kap. 14 04 TG 82)
    Drs. 18/27569

19. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Andreas Krahl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2023;
    hier: Abschaffen des Landespflegegeldes
    (Kap. 14 04 Tit. 681 84)
    Drs. 18/27570

20. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Andreas Krahl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2023;
    hier: Verbesserung der Versorgungsstruktur und Pflegeforschung
    (Kap. 14 04 Tit. 684 86)
    Drs. 18/27571

21. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tim Pargent u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2023;
    hier: Verstärkte Öffentlichkeitsarbeit der Landesstelle für Glücksspielsucht ab 2024
    (Kap. 14 05 Tit. 547 01)
    Drs. 18/27572

22. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Digitalisierung der Gesundheitsverwaltung
(Kap. 14 05 TG 56 neuer Tit.)
Drs. 18/27573

23. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Waldmann, Doris Rauscher u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Investitionen in die gesundheitliche Infrastruktur - Barrierefreiheit in Krankenhäusern
(Kap. 14 03 TG 77)
Drs. 18/27574

24. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Waldmann, Doris Rauscher u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Investitionen in die gesundheitliche Infrastruktur – Teilstationäre und ambulante Pflege im Programm „PflegesoNah“ 1
(Kap. 14 04 Tit. 891 86)
Drs. 18/27575

25. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Waldmann, Doris Rauscher u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Investitionen in die gesundheitliche Infrastruktur – Teilstationäre und ambulante Pflege im Programm „PflegesoNah“ 2
(Kap. 14 04 Tit. 892 86)
Drs. 18/27576

26. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Waldmann, Doris Rauscher u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Investitionen in die gesundheitliche Infrastruktur – Teilstationäre und ambulante Pflege im Programm „PflegesoNah“ 3
(Kap. 14 04 Tit. 893 86)
Drs. 18/27577

27. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Waldmann, Doris Rauscher u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Investitionen in die gesundheitliche Infrastruktur – Ausbau von Pflegestützpunkten
(Kap. 14 04 Tit. 633 57)
Drs. 18/27578

28. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Waldmann, Doris Rauscher u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Investitionen in die gesundheitliche Infrastruktur – Praxisanleitung in der akademischen Pflegeausbildung finanzieren
(Kap. 14 04 TG 72 - 73)
Drs. 18/27579

29. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Waldmann, Doris Rauscher u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Investitionen in die gesundheitliche Infrastruktur – Ersatzneubau von Altenpflegeeinrichtungen
(Kap. 14 04 TG 86)
Drs. 18/27580

30. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Waldmann, Doris Rauscher u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Investitionen in die gesundheitliche Infrastruktur – Modernisierung von Altenpflegeeinrichtungen
(Kap. 14 04 TG 86)
Drs. 18/27581

31. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Waldmann, Doris Rauscher u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Investitionen in die gesundheitliche Infrastruktur – Rückkehrbonus für Pflegekräfte
(Kap. 14 04 neue TG)
Drs. 18/27582

32. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Waldmann, Doris Rauscher u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Investitionen in die soziale Infrastruktur – Beteiligung der Selbsthilfe an der Psychiatrieplanung
(Kap. 14 05 Tit. 686 63)
Drs. 18/27583

33. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Winhart, Roland Magerl, Ulrich Singer u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Sparsames Gesundheitsministerium I – Reduzierung der Ausgaben für Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände
(Kap. 14 01 Tit. 511 01)
Drs. 18/27606

34. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Winhart, Roland Magerl, Ulrich Singer u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Sparsames Gesundheitsministerium II – Reduzierung der Ausgaben für die Haltung von Dienstfahrzeugen
(Kap. 14 01 Tit. 514 01)
Drs. 18/27607

35. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Winhart, Roland Magerl, Ulrich Singer u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Sparsames Gesundheitsministerium III – Reduzierung der Ausgaben der Reisekostenvergütungen für Dienstreisen
(Kap. 14 01 Tit. 527 01)
Drs. 18/27608

36. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Winhart, Roland Magerl, Ulrich Singer u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Sparsames Gesundheitsministerium IV – Reduzierung der Ausgaben für Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen (Kap. 14 01 Tit. 812 01)
Drs. 18/27609

37. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Winhart, Roland Magerl, Ulrich Singer u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Sparsames Gesundheitsministerium V – Reduzierung der Ausgaben für den Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattung- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software (Kap. 14 01 Tit. 812 99)
Drs. 18/27610

38. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Winhart, Roland Magerl, Ulrich Singer u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Treibhausgasausgleich (Kap. 14 02 Tit. 533 49)
Drs. 18/27611

39. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Winhart, Roland Magerl, Ulrich Singer u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Defizitausgleich für Kommunale Krankenhäuser (Kap. 14 02 neuer Tit.)
Drs. 18/27612

40. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Winhart, Roland Magerl, Ulrich Singer u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Erhöhung der Mittel für den Defizitausgleich für Abteilungen Gynäkologie und Geburtshilfe an Krankenhäusern (Kap. 14 03 Tit. 633 86)
Drs. 18/27613

41. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Winhart, Roland Magerl, Ulrich Singer u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Erhöhung der Prämie für die berufliche Weiterbildung zum Meister und zu gleichgestellten Abschlüssen (Kap. 14 03 Tit. 681 02)
Drs. 18/27614

42. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Winhart, Roland Magerl, Ulrich Singer u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Hebammenbonus, Niederlassungsprämie Hebammen (Kap 14 03 Tit. 681 87)
Drs. 18/27615

43. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Winhart, Roland Magerl, Ulrich Singer u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Streichung der Titelgruppe „Umweltfreundliches Krankenhaus – Green Hospital“
(Kap. 14 03 TG 90)
Drs. 18/27616

44. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Winhart, Roland Magerl, Ulrich Singer u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Forschung und Therapie für Long COVID
(Kap. 14 03 neuer Tit.)
Drs. 18/27617

45. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Winhart, Roland Magerl, Ulrich Singer u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Forschung und Therapie für PostVac-Syndrom
(Kap. 14 03 neuer Tit.)
Drs. 18/27618

46. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Winhart, Roland Magerl, Ulrich Singer u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Finanzielle Sicherheit für Reha-Kliniken
(Kap. 14 03 neuer Tit.)
Drs. 18/27619

47. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Winhart, Roland Magerl, Ulrich Singer u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Sonderentschädigung für Impfgeschädigte nach einer Corona-Impfung
(Kap. 14 03 neuer Tit.)
Drs. 18/27620

48. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Winhart, Roland Magerl, Ulrich Singer u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Prämie für deutsche Pflegekräfte, die nach Bayern zurückkehren
(Kap. 14 04 neuer Tit.)
Drs. 18/27621

49. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Winhart, Roland Magerl, Ulrich Singer u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Reduzierung der Kosten für eine Beschaffung und Bevorratung von Medikamenten und Impfstoffen für Versorgungsmaßnahmen gegen eine mögliche Influenza-Pandemie
(Kap. 14 05 Tit. 514 53)
Drs. 18/27622

50. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Winhart, Roland Magerl, Ulrich Singer u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Streichung der Titelgruppe „Gesundheitliche Klimaforschung“
(Kap. 14 05 TG 80)
Drs. 18/27623

51. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Winhart, Roland Magerl, Ulrich Singer u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Streichung der Ausgaben für den Ausbau eines elektronischen Polleninformationsnetzwerkes Bayern (ePIN)
(Kap. 14 23 TG 61)
Drs. 18/27624